PB.I-01-600-2

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 600 bis 612:

~~Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Unser Anspruch ist noch immer nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt. Nach der Aufkündigung des Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) zwischen den USA und Russland ist eine neue Vertragsinitiative nötig. Wir wollen den transatlantischen Neustart nach der US-Präsidentschaftswahl und das Wiederbeleben des New-START-Vertrags nutzen, um mit den USA über Barack Obamas „Global Zero“ ins Gespräch zu kommen. Eine Welt ohne Atomwaffen gibt es nur über Zwischenschritte: internationale Initiativen zur Reduzierung der Zahl von Atomwaffen, einen Verzicht der NATO auf jeden Erstschlag und eine breite öffentliche Debatte über veraltete Abschreckungsdoktrinen des Kalten Krieges. Dazu gehören ein Deutschland frei von Atomwaffen und ein Beitritt Deutschlands zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag. Wir wissen, dass dafür zahlreiche Gespräche im Bündnis notwendig sind, auch mit unseren europäischen Partnerstaaten, und vor allem die Stärkung der Sicherheit und Rückversicherung unserer polnischen und baltischen Bündnispartner.~~

Unser Ziel ist es in der nächsten Legislaturperiode den Beitritt Deutschlands zu dem mit großer Mehrheit der Staaten angenommenen VN-Atomwaffenverbotsvertrag, seit dem 22.01.2021 geltendes Völkerrecht, umzusetzen. Im ersten Schritt soll Deutschland als Beobachter an der ersten Vertragsstaatenkonferenz teilnehmen.

Angesichts der gefährlichen neuen Aufrüstungsdynamik wird Deutschland in der kommenden Legislaturperiode die Initiative ergreifen und unwiderrufliche Schritte einleiten, um die „Nukleare Teilhabe“ zu beenden und den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland einzuleiten. Dies werden wir begleiten durch intensive Gesprächen mit unseren internationalen Partnern und mit Rücksichtnahme auf die berechtigten Sicherheitsinteressen unserer osteuropäischen Nachbarn.

Die anstehende Modernisierung der B61-Bomben, welche die Nukleare Teilhabe für lange Zeit fortschreiben würde ist daher völlig überflüssig, auch bei politisch bedingten Verzögerungen darf sie keinesfalls stattfinden. Wir GRÜNE lehnen Finanzierung, Produktion und Kauf von Flugzeugen und anderen Trägersysteme für Atomwaffen ab und werden diese nicht zulassen.

Wir wollen den transatlantischen Neustart nach der US-Präsidentschaftswahl und das Wiederbeleben des New-START-Vertrags nutzen, um mit den USA über Barack Obamas „Global Zero“ ins Gespräch zu kommen. Neue sicherheitspolitische Konzepte in der NATO, vor allem die Abkehr von der Erstschlagdrohung sind notwendig. Diese dürfen nicht an die nukleare Abschreckung gebunden sein und müssen klarstellen, dass Atomwaffen angesichts der katastrophalen Folgen ihres Einsatzes für Mensch und Umwelt weder einen legitimen militärischen noch einen strategischen Zweck erfüllen. Unser Anspruch ist noch immer nichts Geringeres als eine Welt ohne Kriege.

Begründung

Wir können in unserem Wahlprogramm nicht hinter dem Beschluss unseres Grundsatzprogramm zurückfallen, sondern müssen zeigen, wie wir die dort beschriebenen Ziele in Regierungspolitik der nächsten vier Jahre umsetzen.

Zwar müssen wir das in Gesprächen mit unseren Freunden, Partner und Verbündeten vorbereiten, können uns aber weder von deren uneingeschränkter Zustimmung noch gar von Handlungen "der anderen Seite" abhängig machen. WIR müssen den ersten Schritt gehen! Z.B. mit Belgien und den Niederlanden sollten wir dabei ein möglichst abgestimmtes Vorgehen vorbereiten.

weitere Antragsteller*innen

Martin Pilgram (KV Starnberg); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Uwe Fröhlich (KV Potsdam); Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); Andreas Knoblauch (KV Salzgitter); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Leo Hoffmann-Axthelm (KV Aachen); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Reinhard Bayer (KV Gießen); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Andreas Müller (KV Essen); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Jens (Jan) Erdmann (KV München); Dietmar Günther (KV Dresden); John Marco Ens (KV München); Benedikt Clemens Mader (KV Erlangen-Stadt); Gerrit Alino Prange (KV Potsdam); Alske Rebekka Freter (KV Hamburg-Nord); Milan Aljoscha Schröder (KV Main-Taunus); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Irmgard Pehle (KV Herford); Tabitha Elkins (KV Erlangen-Stadt); Detlef Kröger (KV Hamburg-Eimsbüttel); Angelika Wilmen (KV Berlin-Pankow); Jennifer Christina Menninger (KV Berlin-Pankow); Doris Schwarze-Franke (KV Hildesheim); Luiz Ramalho (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Steffen Pichl (KV Fulda); Patrick Voyé (KV Marburg-Biedenkopf); Andrea Hecking (KV Forchheim); Marcel Dickow (KV Berlin-Mitte); Corinna Rüffer (KV Trier); Ralph Urban (KV Herzogtum Lauenburg)